

6
BStU
000084

2. Zu wem soll die Übersiedlung erfolgen

Name, Vorname: [REDACTED]
geborene: [REDACTED]
geb. am: [REDACTED]
wohnhaft: 5100 Aachen/BRD [REDACTED]
Familienstand: [REDACTED]
Staatsbürgerschaft: BRD, ehem. DDR-Bürger, übergesiedelt 1979
Beruf: Rentnerin
Verwandtschaftsverh.: Mutter der Ehefrau
[REDACTED] [REDACTED]

3. Begründung des Vorschlages

Wie bereits unter Punkt 1. angeführt, geht der J. seit Januar 1986 keiner geregelten Arbeit mehr nach und hat kein festes ARV. Mit Beginn seiner Arbeit als Regisseur, 1982, versuchte der J. in den von ihm inszenierten Stücken eine übertriebene gesellschaftskritische Aussage hineinzulegen und so seine entgegen der Politik von Partei und Regierung der DDR stehende Meinung unter dem Publikum zu verbreiten.

Bei den durchgeführten Rückgewinnungsgesprächen durch den Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abteilung Genehmigungsangelegenheiten brachte er stets zum Ausdruck, daß er sein ÜSE niemals zurücknehmen wird, da ihm als Regisseur in der DDR keine freie Meinungsäußerung gewährt wird, was ihm selbst bei der Ablehnung einiger seiner Stücke durch das MfK bestätigt wurde.

Es kann eingeschätzt werden, daß der J. in starkem Maße der politisch-ideologischen Diversion des Gegners unterlegen ist und er sich mit seinem Engagement in der Kirche den staatlichen Einflüssen entziehen will. Es wurde bekannt, daß der J. in Zusammenarbeit mit operativ-bekanntem feindlichen Personen und Kirchenvertretern sogenannte Podiumsdiskussionen oder Menschenrechtsdiskussionen mit Vertretern staatlicher Organe organisieren will, um der DDR Eingeständnisse zu sogenannten Menschenrechtsverletzungen durch Verweigerung der Ausreise in westliche Länder abzurufen. Ein am 16. 11. 1987 durchgeführtes sogenanntes Menschenrechtsplenum unter dem Thema "Miteinander leben, miteinander reden - Mündigkeit des DDR-Staatsbürgers" wurde durch gezielte politisch-operative Maßnahmen in seiner Wirkung so abgeschwächt, daß es nicht als Erfolg für den J. und seine Ziele gewertet werden kann. Es sollen ca. 400 bis 600 Personen anwesend gewesen sein.

Es ist davon auszugehen, daß der J. auch weiterhin versuchen wird, Gleichgesinnte um sich zu sammeln und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchzuführen, um auf sich und die sogenannten "Menschenrechtsverletzungen" der DDR gegenüber ihm und seinesgleichen aufmerksam zu machen. Wegen seiner verfestigten feindlich-negativen Einstellung, seinem hartnäckigen Beharren auf seiner Ausreise und

Kopie BStU
AR 8

BStU
000085

68
7

und zu erwartenden weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten unter eventueller Einbeziehung westlicher Massenmedien würde ein weiteres Verbleiben des J. in der DDR negative Auswirkungen haben.

Da ein eventuelles Anwachsen seiner Popularität als Leiter einer "Arbeitsgruppe Antragsteller" politische negative Folgen hätte, wurde durch den Leiter der Bezirksverwaltung entschieden, zum J. einen Vorschlag zur Übersiedlung aus politisch-operativen Gründen zu erarbeiten.

Aufgrund dessen wird vorgeschlagen, den Jeschonnek, Günter mit seiner Ehefrau und seinem Kind schnellstmöglich aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu entlassen und in die BRD überzusiedeln. Folgeschäden werden nicht erwartet, da die Aktivitäten des J. bei politisch-operativ bedeutsamen Personen und seinem Umgangskreis noch keinen wesentlichen Erfolg hatten. Rückverbindungen in die DDR sind zu erwarten und nicht zu vermeiden.

Zu Jeschonnek, Günter und Gudrun sind Einreisesperren gemäß DA 2/83 für die KD Prenzlauer Berg einzuleiten.

Maßnahmen nach Übersiedlung

Aufgrund der feindlich-negativen Aktivitäten des J. wird nach Bekanntwerden seiner Adresse in der BRD oder Westberlin zur Kontrolle der Rückverbindungen eine M-Kontrolle eingeleitet.

Leiter der Kreisdienststelle

Faßler

Oberstleutnant

Sachbearbeiter

Paeper

Unterleutnant

Kopie BStU
AR 8